

Grundsätze des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit zur Förderung von Zulieferern der Schiffbauindustrie mit Hilfe von rückzahlbaren Zuwendungen zur Zwischenfinanzierung im Kontext der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie

(Grundsätze für rückzahlbare Corona-Liquiditätshilfen/ Zulieferer der Schiffbauindustrie

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Das Land Mecklenburg-Vorpommern gewährt mit Mitteln des Landes

- nach Maßgabe dieser Fördergrundsätze,
- des Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (VwVG M-V),
- der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern (LHO M-V),
- der Verwaltungsvorschriften zur LHO M-V, soweit diese den Fördergrundsätzen nicht entgegenstehen,
- der Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020, genehmigt am 24.03.2020, geändert und genehmigt durch die EU-KOM am 11.04.2020.

zum Zweck der Zwischenfinanzierung rückzahlbare Zuwendungen für während der Corona Pandemie besonders betroffene Zulieferunternehmen von Unternehmen der Schiffbauindustrie mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstand der Zuwendung, zuwendungsfähige Ausgaben

Gegenstand der Zuwendung ist die Zwischenfinanzierung von fälligen Forderungen gegenüber Unternehmen der Schiffbauindustrie mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern in Höhe von insgesamt mindestens 5.000,00 Euro und insgesamt bis zu 200.000,00 Euro.

3 Zuwendungsempfänger

- 3.1 Zuwendungsempfänger sind Unternehmen mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern, die Unternehmen der Schiffbauindustrie mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern Waren oder Dienstleistungen in Rechnung gestellt haben, welche vom Unternehmen der Schiffbauindustrie bestätigt wurden und zum Zeitpunkt der Antragstellung fällig sind oder bis zum 31.05.2020 fällig werden.
- 3.2 Von der Zuwendung ausgeschlossen sind Unternehmen, die einen Insolvenzantrag gestellt haben oder sich in einem Insolvenzverfahren befinden.
- 3.3 Von der Zuwendung ausgeschlossen sind Unternehmen, die per Stichtag 31.12.2019 Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2. Nr. 18 AGVO gewesen sind.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist, dass der Antragsteller nachvollziehbar darstellt, dass die Rechnung/en an Unternehmen der Schiffbauindustrie mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern zum Zeitpunkt der Antragstellung fällig sind oder bis zum 31.05.2020 fällig werden.

- 4.2 Der Nachweis des Zwischenfinanzierungsbedarfs erfolgt in Form einer Liste der gemäß Nummer 4.1 fälligen Rechnung/Rechnungen (einschließlich Rechnungskopie/n) und einer Bestätigung der Forderungen dem Grunde und der Höhe nach durch das/die Unternehmen der Schiffbauindustrie.
- 4.3 Der Antragsteller hat zu erklären, dass es sich zum Stichtag 31.12.2019 nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2 Nr. 18 AGVO handelte.
- 4.4 Öffentliche Unternehmen oder Einrichtungen, an denen die öffentliche Hand mittelbar oder unmittelbar mit mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte beteiligt ist, sind von der Förderung ausgeschlossen. Von der Förderung ausgeschlossen sind auch Regiebetriebe, Eigenbetriebe, Kommunalunternehmen und Zweckverbände von Kommunen.

5 Art und Höhe, Umfang der Zuwendung

- 5.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Vollfinanzierung in Form einer zweckgebundenen rückzahlbaren Zuwendung gewährt. Bemessungsgrundlage ist der Zwischenfinanzierungsbedarf.
- 5.2 Antragsteller mit gemäß Nummer 4.1 fälligen Forderungen gegenüber einem oder mehreren Unternehmen der Schiffbauindustrie können mit einer rückzahlbaren Zuwendung in Höhe von bis zu 200.000,00 Euro gefördert werden. Die Zuwendung wird für maximal 48 Monate gewährt.
- 5.3 Von dem zugewendeten Betrag sind 20.000,00 Euro zinsfrei. Für den darüber hinaus gehenden Betrag gilt: Ab Beginn des 13. Monats werden Zinsen in Höhe von 3,69 % p.a. erhoben.

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Der Antragsteller hat mit der Antragstellung darzulegen, ob und wenn ja wann und von wem sowie in welcher Höhe ihm bereits Kleinbeihilfen bewilligt wurden.
- 6.2 Der Zuwendungsempfänger hat auf Verlangen der Bewilligungsbehörde alle Unterlagen vorzulegen, die diese zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Zuwendungsempfängers bzw. der eingereichten Unterlagen bei diesem anfordert.
- 6.3 In besonders begründeten Einzelfällen sind Ausnahmeentscheidungen von den Regelungen dieser Verwaltungsvorschrift durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit auch bezüglich der Zuwendungshöhe möglich. Die Ausnahmegründe sind zu dokumentieren. Die Zuwendungshöhe darf in diesen Fällen 800.000 Euro nicht überschreiten.
- 6.4 Der Zuwendungsnehmer ist darauf hinzuweisen, dass die Bewilligung zur Erhöhung der Transparenz mit Angaben zum Zuwendungsempfänger sowie zu Höhe und Zweck der rückzahlbaren Zuwendung veröffentlicht wird.
- 6.5 Eine Abtretung oder Verpfändung der Zuwendung an Dritte ist ausgeschlossen.
- 6.6 Der Zuwendungsempfänger hat seine Forderungen gegenüber dem oder den Unternehmen der Schiffbauindustrie an den Zuwendungsgeber abzutreten. Das jeweilige Unternehmen der Schiffbauindustrie muss dieser Abtretung zustimmen. Der Zuwendungsempfänger ist weiterhin zur Einziehung der Forderungen auf eigene Kosten verpflichtet mit der Maßgabe, dass in einem gerichtlichen Verfahren der Antrag auf Zahlung an die GSA zu stellen wäre. Auf Verlangen der Bewilligungsbehörde ist dies nachzuweisen.

7 Verfahren

7.1 Antragsverfahren

Anträge sind formgebunden bei der GSA – Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktentwicklung mbH, PF 11 11 17, 19011 Schwerin unter Nutzung des dafür vorgesehenen Formulars als *.xml-Datei zu übermitteln sowie ergänzend schriftlich einzureichen. Die Antragsunterlagen können bei der GSA im Internet unter www.gsa-schwerin.de abgerufen werden.

7.2 Bewilligungsverfahren

Bewilligungsbehörde ist die GSA – Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktentwicklung mbH.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

Die Zuwendung kann erst ausgezahlt werden, wenn der Zuwendungsbescheid bestandskräftig geworden ist. Die Auszahlung erfolgt auf Anforderung des Zuwendungsempfängers in einer Tranche.

7.4 Rückzahlungsverfahren

Die Rückzahlung der Zwischenfinanzierung soll in einer Zahlung oder mehreren Zahlungen des/der Unternehmen/s der Schiffbauindustrie an die GSA erfolgen.

Soweit die Zuwendung nicht bis zum Ablauf des 12. Monats durch Unternehmen der Schiffbauindustrie vollständig zurückgezahlt ist, erfolgt die Rückzahlung durch den Zuwendungsempfänger in gleichen Raten zwischen dem 13. und dem maximal 48. Monat.

Bei Zuwendungen über 20.000,00 Euro werden die zurückgezahlten Beträge zunächst auf den zinsbewehrten Teil der gewährten Zuwendung angerechnet. Für den Fall, dass der Zuwendungsempfänger mit der Rückzahlung in Verzug gerät, ist die Bewilligungsbehörde befugt, Stundungsvereinbarungen abzuschließen. Für den Fall, dass der Zuwendungsempfänger die Stundungsvereinbarungen nicht einhält, kann die Bewilligungsbehörde den ausstehenden Restbetrag in voller Höhe fällig stellen.

7.5 Die Bewilligungsbehörde wird nach Begleichung der Forderung/en durch das/die Unternehmen der Schiffbauindustrie dem Zuwendungsempfänger einen Änderungs- und/oder einen Schlussbescheid übermitteln.

7.6 Die Zinsen sind nach Ablauf des Tilgungszeitraums - beginnend am 10. des auf die letzte Tilgungsrate folgenden Monats - innerhalb von 12 Monaten in gleichen 12 Raten fällig.

Eine vorfällige Rückzahlung der Zuwendung ist ohne Vorfälligkeitsentschädigung möglich.

8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Fördergrundsätze gelten ab dem 07.05.2020. Anträge können bis zum 30.06.2020 gestellt werden. Diese Fördergrundsätze treten nach Abschluss des letzten Rückzahlungsverfahrens außer Kraft.